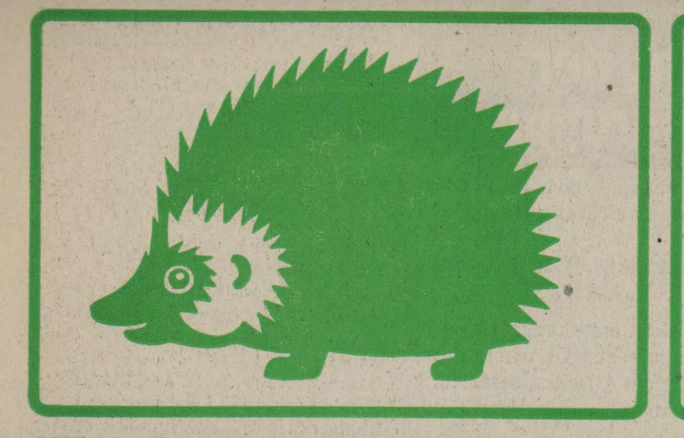


Stachel EXTRA

ALTERNATIVE LISTE

ZEITUNG FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ

Gegen die Räumungsdrohungen!

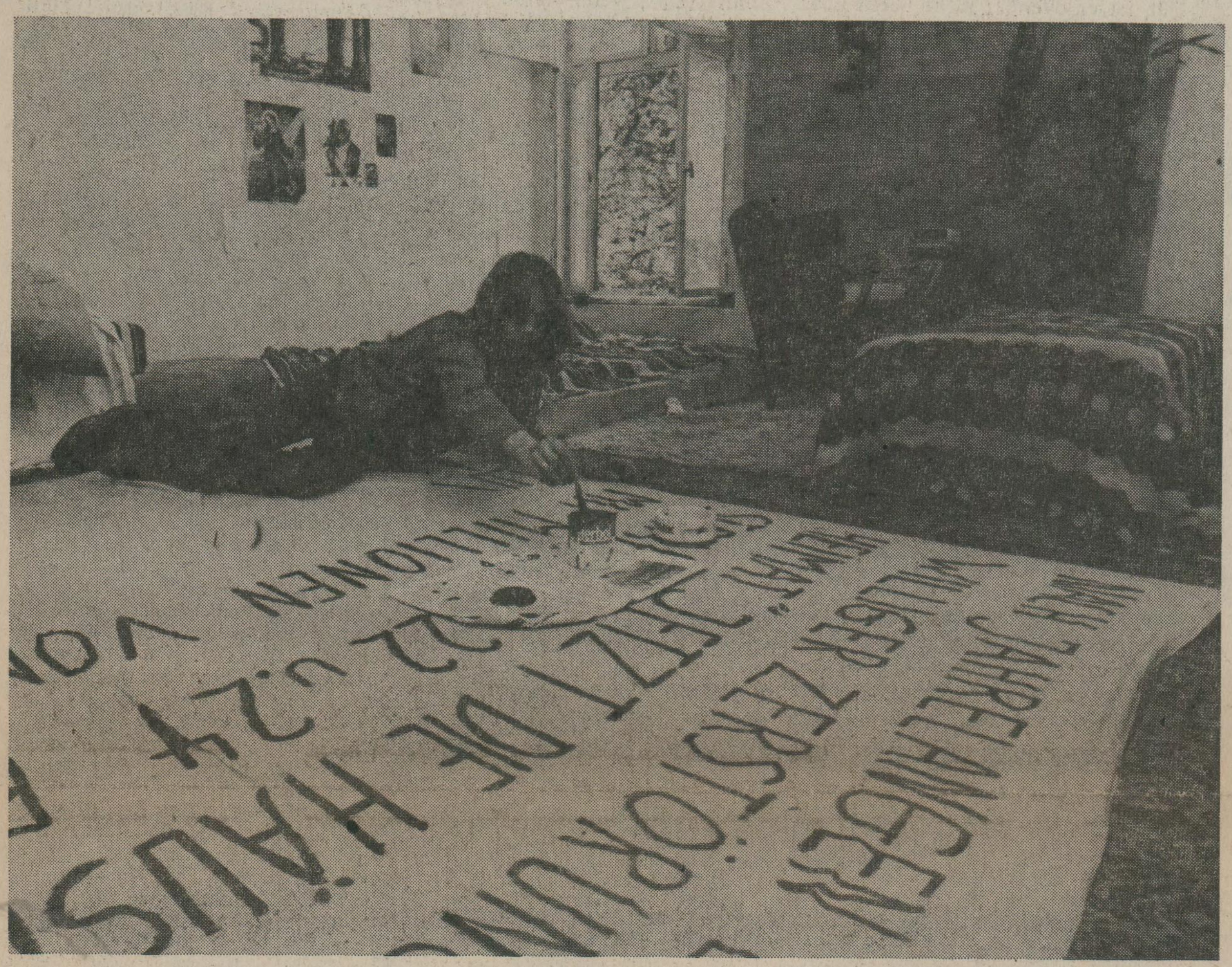


Foto: Peter Hebler

AL-Fraktion beantragt Sondersitzung

Auf der Fraktionssitzung am Donnerstag, 17.9., beschloß die AL-Fraktion, eine Sondersitzung des Abgeordnetenhauses wegen der drohenden Räumung zu beantragen.
Die AL-Fraktion hält diese Sondersitzung deshalb für notwendig, weil auch nach Gesprächen mit Innensenator Lummer nicht zu erkennen ist, daß dieser bereit ist, von seiner Linie abzuweichen. Die AL-Fraktion hat sich mit der Bitte um Unterstützung an die Abgeordneten von FDP und SPD gewandt. Diese Unterstützung ist deshalb notwendig, weil eine Sondersitzung von mindestens 27 Abgeordneten einberufen werden muß. Die AL-Fraktion verfügt selbst nur über 9 Abgeordnete.
Bei Redaktionsschluß lag von der FDP-Fraktion noch keine Stellungnahme vor, die Haltung der SPD-Fraktion war noch offen. Allerdings ist ein Brief von Vogel bekannt, indem er von Weizsäcker mitteilt, daß, falls der Senat an den Räumungen festhalte, er darum bittet „mich dies so rechtzeitig wissen zu lassen, daß seine Fraktion im gegebenen Falle noch von ihrem Recht Gebrauch machen kann, die sofortige Einberufung parlamentarischer Gremien zu verlangen".

Offener Brief der Besetzer der Knobelsdorffstraße 40/42

13.9.81 (vor der Räumungsdrohung)

An Herrn
Weizsäcker,
Regierender Bürgermeister von Berlin.

Herr Weizsäcker!
Wir rechnen damit, daß unsere Häuser in nächster Zeit geräumt werden sollen. Das ist schmerzlich für uns, da wir eine Räumung nur ohnmächtig über uns ergehen lassen können. Aber danach werden wir wieder am Zuge sein.
Vielleicht können wir Ihnen mit diesem Brief am besten begreiflich machen, was eine Räumung für Sie und für uns bedeuten würde. Die tieferen Gründe für die Besetzung unserer Häuser gehen oft unter in oberflächlichen Diskussionen über Wohnungspolitik. Wir leben hier zusammen in einer menschlichen Gemeinschaft. Hier können wir, viele zum ersten Mal, unseren eigenen menschlichen Grundbedürfnissen nach Geborgenheit und Liebe nachgehen, die uns Ihre Gesellschaft und unsere davon geprägten Eltern nicht geben konnten.
Überall in den Städten wächst die Vereinsamung und Verzweiflung der Menschen, gedeihen die Neurosen. Und das nur, weil Ihre Gesellschaft die Einsamkeit und die Neurosen der Menschen braucht, um weiter bestehen zu können. Aber mit dieser Unmenschlichkeit hat Ihr System in uns z. B. selbst Menschen geschaffen, die sich wieder daran erinnern, daß wir alle (oder?) zuerst Menschen sind – sehr lange, bevor wir etwas anderes, z. B. Deutscher oder Parteimitglied, sind. Und unser Menschsein ist das einzige, was uns wirklich verbindet, und Ihre unmenschliche Gesellschaft das einzige, was uns trennt. Das haben wir erkannt, deshalb wird es nach einer Räumung ein Zurück in den Ausgangszustand nie mehr geben. Denn das hieße für jeden einzelnen von uns: Zurück in sauteure und trostlose Einzimmerwohnungen, in Isolation und Neurose. Wir sind mit unserem Zusammenleben dem Sinn des Menschseins ein großes Stück näher gekommen. Das werden wir nicht mehr hergeben. Deshalb werden wir dranbleiben und wir werden zusammenbleiben. Und falls uns bald nur noch die Straße bleibt, werden wir sie voll ausnutzen, um immer wieder da aufzutauchen, wo es Ihnen am wenigsten paßt. Das ist keine Stein- und auch keine Bombendrohung, denn wir haben noch Phantasie, die Sie nicht haben. Deshalb können wir Ihnen in Ihrer Computer-und Paragraphenwelt nur unser Mitleid aussprechen – allerdings nur soviel, wie Sie selbst noch fähig sind, Mitleid zu empfinden (sollten Sie dabei ziemlich schlecht wegkommen, so ist uns das scheißegal).
Unser Handeln aus menschlichen Bedürfnissen heraus macht uns stark und läßt uns nie daran zweifeln, daß unser Weg der richtige ist. Und wir wissen, daß Ihre Gesellschaft schwach ist. Ihr Fundament besteht nur aus Geldscheinen und – wo die nichts mehr nützen – aus brutaler Gewalt. Deshalb werden wir schließlich siegen, auch wenn wir morgen unser Haus verlieren. Das alles sollte Ihnen vor einer Räumung klar sein.
In unseren Häusern führen wir ein zufriedenes Leben, und wir akzeptieren jeden und lassen jeden in Ruhe, der uns akzeptiert und in Ruhe läßt. Es ist auch sinnlos uns vorzuhalten, wir würden fremdes Eigentum besetzen. Häuser gehören den Menschen, die darin wohnen, und nicht irgendwelchen unsozialen Subjekten, für die menschliche Grundbedürfnisse nichts weiter als eine Profitquelle bedeuten.
Und wenn Menschen in ein leerstehendes Haus einziehen, ist das nur normal und natürlich – nach menschlichen Gesetzen; und das sind solche, die man nicht aufzuschreiben braucht, weil sie in jedem Menschen drin sind – auch wenn viele sie nicht mehr finden, weil sie vor Paragraphenpauken nie gelernt haben, in sich selbst hinein zu fragen. Trotzdem – sie sind drin!
Und da sind sie sehr viel mehr wert als ein paar tote Blätter bedruckten Papiers. Sie werden uns ein sehr viel spontaneres Handeln ermöglichen, als Sie und Ihre Gesellschaft es drauf haben. Je mehr Schläge Sie an uns verteilen lassen, desto mehr Grund werden Sie haben, sich zu fürchten.

respektlos
die Bewohner
der Häuser Knobelsdorffstraße 40/42

Beschluß der ÖTV-Vertrauensleuteversammlung an der TU vom 10. 9. 1981

Nach ausführlicher Diskussion über die gewerkschaftliche Position zu den Instandbesetzungen insbesondere von Gebäuden, die der „Neuen Heimat" gehören, wurde folgendes beschlossen:

1. Die ÖTV-Betriebsgruppe an der Technischen Universität Berlin übernimmt ab sofort die Patenschaft für die besetzten Häuser der „Neuen Heimat" in der Knobelsdorffstraße 40 und 42 in Charlottenburg.

2. Mitglieder der Betriebsgruppe werden ab sofort regelmäßig in diesen beiden Häusern übernachten, um damit ihre Solidarität mit den dortigen Instandbesetzern zu bekunden. Im Falle einer gewaltsamen Räumung durch die Polizei steht demnach auch die Verhaftung unserer Gewerkschaftskollegen bevor.

3. Sollten unsere verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre im Führungsgremium der „Neuen Heimat" entgegen ihren Beteuerungen keine Verhandlungslösung, sondern die Räumung herbeiführen, wird die ÖTV-Betriebsgruppe der TU die betroffenen Instandbesetzer der genannten Häuser zur Abdeckung von Prozeß- und Schadenersatzkosten finanziell unterstützen. Zu diesem Zweck werden wir ein Spendenkonto einrichten und alle unsere Mitglieder an der TU dazu aufrufen, einen Teil ihrer Gewerkschaftsbeiträge auf dieses Konto einzuzahlen. Viele Kolleginnen und Kollegen an der TU sind dazu entschlossen.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Neukölln –

Die Mitgliederversammlung Neukölln der GEW hat Kenntnis bekommen von der geplanten Räumung von acht Häusern. Jedes* davon befindet sich im Eigentum der „Neuen Heimat". Die MV wertet die geplante Räumung als den Versuch, Fakten zu schaffen, bevor das Abgeordnetenhaus am 24. 9. über einen Antrag der SPD-Fraktion beraten wird, der ein Räumungsverbot fordert, solange der Senat keine umfassende Sanierungskonzeption vorlegt.
Die Neuköllner Lehrer und Erzieher, deren Bezirksleitung eine Patenschaft über das Haus Winterfeldtstraße 20 übernommen hat, werden nicht tatenlos zusehen, wenn die gewerkschaftseigene „Neue Heimat" als Vorreiter einer reaktionären Sanierungspolitik fungiert. Sie fordert daher die „Neue Heimat" auf, umgehend das Räumungsersuchen zurückzuziehen und die Strafanzeige fallen zu lassen.
Bleiben die „Neue Heimat" und der Senat bei ihren Räumungsabsichten, werden alle Kolleginnen und Kollegen aufgefordert, sich in den betroffenen Häusern aufzuhalten, um auf diesem Wege die Räumung zu verhindern.

**) Anm. d. Red.:*
Hier war die GEW nicht ganz richtig informiert; es sind nur 6 der 8 Häuser im Besitz der „Neuen Heimat".

Liebe Leser,

diese Extra-Nummer des „Stachel" ist in für uns sehr kurzer Zeit fertiggestellt worden. Es war keine Zeit, die verschiedenen Artikel auf Überschneidungen durchzusehen; wir hoffen, daß man uns das nachsieht.

Die Redaktion



Foto: B. Setzer

Pressekonferenz am Donnerstag!

Am 17. 9. wurde von der AL-Fraktion, Vertretern der Patengruppen, der Gewerkschaften, der Kirche, des Vermittlerkreis zu den Hausbesetzern und Mietergruppen eine Pressekonferenz im Rathaus Schöneberg vor Presse, Rundfunk und Fernsehen durchgeführt. Das breite Solidaritätsbündnis und die scharfe Verurteilung und Ablehnung der geplanten Häuserräumung wurde noch durch die Anwesenheit von Vertretern der Jungdemokraten, der FDP und des Pressesprechers der SPD, Wiegrefe, unterstrichen.

Im Mittelpunkt stand die Verlesung der öffentlichen Erklärung der Paten- und Solidaritätsgruppen. Im Kern dieser Erklärung wird die Absicht hervorgehoben, die bedrohten Häuser besetzt zu halten, passiven Widerstand zu leisten und damit die eigene Betroffenheit von den geplanten Häuserräumungen und den Verteidigungswillen zu dokumentieren.

Von Pfarrer Gustl Roth, der aus dem Vermittlerkreis sprach, wurde die Absicht des CDU-Senats, sie als Postboten zu den Hausbesetzern zu benutzen, als Anmaßung scharf verurteilt. Deshalb wurde der Presse mitgeteilt, daß bis zum jetzigen Zeitpunkt der Senat die Hausbesetzer noch nicht direkt von den beabsichtigten Räumungen informiert hat.

Als besonders erschreckend wurde die Tatsache dargestellt, daß Innensenator Lummer nach dem kommenden Wochenende räumen will, obwohl ihm bekannt ist, daß am 29. September im Haus der Kirche von verschiedenen Gruppen Konzepte für die betroffenen Häuser zur öffentlichen Diskussion gestellt werden sollen. Außerdem wurde einhellig festgestellt, daß der CDU-Senat mit diesem Gewaltakt der Räumungen alle Bemühungen aus Gewerkschaften, parlamentarischen Gremien (BVV Charlottenburg und Abgeordnetenhaus) bis hin zu Mitgliedern des Aufsichtsrates der „Neuen Heimat", zu einer politischen Lösung zu kommen, mit der Durchsetzung einer rücksichtslosen Machtpolitik zunichte macht.

Selbst diese Pressekonferenz wurde nochmals dazu benutzt, an alle kritischen Kräfte zu appellieren und aufgerufen, in dieser ernsten Situation alles daran zu setzen, daß es nicht zu den Räumungen kommt, sondern die Bestrebungen vieler gesellschaftlicher Gruppen, eine gemeinsame Lösung für die besetzten Häuser und ein neues Sanierungskonzept in Zusammenarbeit mit dem Senat zu finden, zu verstärken.

Das demokratische Verständnis aller Beteiligten, in Verhandlungen zu politischen Lösungen zu kommen, muß gerade in der jetzigen Situation dem beabsichtigten Einsatz von Polizeistaatsmethoden entgegengesetzt werden.

Wir warnen den Senat - wir werden kämpfen -

Polizeiliche Räumung ist politischer Hausfriedensbruch!

Alle vergangenen Räumungsversuche instandbesetzter Häuser endeten bisher mit immer wilderen Krawallen. Hunderte von Menschen wurden verletzt, geschlagen, festgenommen, viele mit Gerichtsverfahren überzogen und verurteilt.

Jeder Versuch mit **polizeilichen** Mitteln die katastrophale Wohnungspolitik zu sanieren, verstärkt nur die Konflikte in dieser Stadt.

Trotzdem will der CDU-Senat Häuser räumen lassen!

Dazu erklären wir, daß der CDU-Senat für diese Entscheidung und alle seine vorhersehbaren Folgen die volle Verantwortung zu tragen hat.

Instandbesetzer sind im Recht! Mit ihren Notwehraktionen wehren sie sich gegen Leerstand und Wohnraumvernichtung. Eine breite Solidaritätsbewegung hat gezeigt, daß es sich bei den Instandbesetzern nicht um sogenannte Rechtsbrecher handelt. Die sofortige Verabschiedung des Amnestiegesetzes im Abgeordnetenhaus wäre deshalb nur logisch.

Der CDU-Senat wird nicht darum herumkommen, endlich die Kritik am Wohn- und Sanierungsprogramm ernst zu nehmen, und aus den vielen Vorschlägen und Lösungsversuchen im und außerhalb des Abgeordnetenhauses ein sinnvolles und praktikables **Gesamtkonzept** zu erarbeiten.

Die vorgesehenen Massenräumungen werden aber alle Ansätze für eine konstruktive Lösung zerstören. Immer mehr Menschen werden sich im Zorn gegen diese Politik wenden, die nicht mit Argumenten, sondern mit Polizeigewalt handelt.

Die ALTERNATIVE LISTE ruft ihre Mitglieder, ihre Freunde und Wähler auf, sich an allen sinnvollen Widerstandsaktionen gegen diese Häuserräumungen aktiv zu beteiligen!

Haltet Kontakt zu besetzten Häusern in Eurer Nachbarschaft!
Beteiligt Euch an Telefonketten!
Schlaft – wenn möglich – in den Häusern!
Unterstützt die Instandbesetzer weiterhin mit Material und Geld!
Beteiligt Euch an dem Zeltlager auf dem Winterfeldtplatz!
Schafft Öffentlichkeit!

Polizeiliche Räumung ist politischer Hausfriedensbruch!

Alternative Liste

Geschäftsführender Ausschuß

V.i.S.d.P.: Michael Roelen, Pfalzburger Straße 20

Öffentliche Erklärung der Paten und Solidaritätsgruppen

Wir sind im Besitz einer Erklärung des Senators für Inneres, aus der hervorgeht, daß acht der besetzten Häuser polizeilich geräumt werden sollen, wenn sie nicht „umgehend" von den Besetzern freiwillig verlassen werden.
Es handelt sich um die Knobelsdorffstraße 40 und 42, Bülowstraße 89, Winterfeldtstraße 20, 22 und 24, Hermsdorfer Straße 4 sowie das Haus Dieffenbachstraße 27.

Wir protestieren schärfstens gegen das kalt berechnende Verhalten des Senats, der erst vor kurzem ausdrücklich erklären ließ, daß an den letzten Räumungsgerüchten „absolut nichts dran" sei (vgl. taz vom 14. 9.). Die Instandbesetzer und ihre Unterstützer arbeiten zur Zeit an Bau-, Finanzierungs- und Sozialplänen für ihre Häuser, die sie Ende September der Öffentlichkeit vorstellen wollen. Aus bisherigen Verlautbarungen ist bereits zu erkennen, daß Instandbesetzer billiger und sozial vernünftiger bauen als die geschäftstüchtigen Wohnungsbaugesellschaften. Daß an Alternativkonzepten gearbeitet wird, ist dem Senat bekannt. Wenn er jetzt räumen läßt, ist er offenbar nicht bereit oder nicht fähig, sich inhaltlich konstruktiv mit Argumenten auseinanderzusetzen. Statt dessen setzt er die Polizeigewalt ein zur Durchsetzung sozial schädlicher Geschäftsinteressen und zur weiteren Verschleuderung von Steuergeldern.

Der im Wahlkampf von der CDU versprochene Bau von 50.000 Sozialwohnungen ist bis heute nicht begonnen worden; immer noch stehen etwa 10.000 Wohnungen leer: Dies sind zentrale Gründe für die Arbeitslosigkeit im Bausektor. Es ist also nicht richtig, wenn behauptet wird, Instandbesetzer gefährden Arbeitsplätze.

Wir verweisen ferner auf die Sitzung des Abgeordnetenhauses am 24. September 1981, in der die SPD-Fraktion den CDU-Minderheitssenat mit einem Antrag verpflichten will, umgehend ein Gesamtkonzept für besetzte Häuser (des Landes Berlin) vorzulegen und bis Ende Oktober auf weitere Räumungen zu verzichten. **Der Senat** – zur Zeit unter der Führung von Herrn Lummer – **will offenbar mit einer gewalttätigen Aktion vollendete Tatsachen schaffen und Ansätze zu Veränderungen im Keim ersticken**, die sich in der parlamentarischen Diskussion und in der öffentlichen Auseinandersetzung gegen die Senatslinie durchsetzen könnten.

Die in der Senatserklärung genannten Angebote sind unseriös. Ebenso sind weder die „Neue Heimat" noch die anderen Wohnungsbaugesellschaften bereit, mit Instandbesetzern und betroffenen Mietern eine ernsthafte und offene Diskussion zu führen. Das läßt sich im einzelnen genau belegen. Der Senat täuscht mit seinen Angeboten Verhandlungsbereitschaft vor, wo der Starrsinn und die politische Unvernunft schon herrschen. Die sogenannte „Linie der Vernunft" führt, wenn sie so fortgesetzt wird, direkt in den sozialen Zerfall und in Gewalttätigkeiten von neuen Ausmaßen.

Mit seiner Politik der leeren Versprechungen und der Scheinangebote, der gezielten Fehlinformationen und des destruktiven Hinhaltens, mit seiner Weigerung oder Unfähigkeit, durch Vorlage eines Gesamtkonzeptes eine Wende in der Wohnungspolitik einzuleiten, trägt der Senat die Verantwortung für die Folgen der Räumungen.

Die von der Räumung bedrohten Häuser werden von zahlreichen Paten und Unterstützern besetzt sein! Sie werden passiven Widerstand leisten und den strafrechtlichen Konsequenzen, falls es dazu angesichts einer massenhaften Widerstandsbewegung überhaupt kommt, ruhig entgegensehen.

Die **Liste der Unterzeichner** wird ständig erweitert. Zu den Erstunterzeichnern gehören:

Wolf-Dieter Narr, Hochschullehrer FU
Ulf Preuss-Lausitz, Hochschullehrer TU
Bruno Schonig, Hochschullehrer TU
Ulf Kadritzke, Hochschullehrer FHW
Bienewald Erwin, Ev. Kirche Neukölln
Holger Fehsenfeld, Initiative „Unternehmer und Selbständige für Hausbesetzer"
Werner Mayer, Filmemacher
U. Barthelmeß-Weller, Filmemacher
Heidi Rausch-Ambach, ÖTV
Rudolf Blais, IGM
Gerd Nowakowski, IGM
Hajo Bergandt, ÖTV
Eva Stullich, ÖTV
Winfried Stahl, IGM
Bernhard Ullrich, ÖTV
Michael Walzer, IGM
Christian Herwartz, IGM
Netzwerk Selbsthilfe e. V., Vorstand
Asta-TU
Asta-Lankwitz
Georgia Tornow, Wiss. Ass. FU
Harald Loch, FDP-Landesvorstand
Rüdiger Pieper, Stellv. Bundesvorsitzender der Jungdemokraten
Andreas Salmen, Stellv. Landesvorsitzender der Jungdemokraten
Wolfgang Lähme, Stellv. Landesvorsitzender der Jungdemokraten
Jens Mohrmann, Stellv. Landesvorsitzender der Jungdemokraten
Günther Triebe, Betriebsrat
Roland Suppheit, Landesvorstand Jungdemokraten
Birgit Ludwig, Journalistin
Peter Schultz-Hageleit, GEW
Hermann Behlau, Berliner Mieterverein
Otto Kallscheuer, Wiss. Ass. FU
Alfons Söllner, Wiss. Ass. FU
Annegret Falter-Narr, Initiative „Einzug auf Zeit in besetzte Häuser"
Ullrich Camin, Journalist
Rainer Morsch, TU
Gisela Loh, TU
Albrecht Funk, Berghoff-Stiftung
Hans Claussen, Wiss. Ass. TU
Klaus Eichen, Republikanischer Anwaltsverein
Diethart Kerbs, Hochschullehrer HDK
Thomas Engel, GEW
Reinhold Kittelberger, Wiss. Mitarbeiter TU
Herbert Knisatschek, Wiss. Ass. TU
Luise Pirling, ÖTV
Jürgen Fuchs, Schriftsteller
Hans Menzler, ÖTV
Ute Block, ÖTV
Theresia Baranyai, ÖTV
Gabriele Fladung, ÖTV
Claudia Gorny, ÖTV Bezirksjugendausschuß
Kirchliche Mitarbeiter/innen:
Sonja Bening, Elisabeth Salfe, Uta Brandl, Reinhard Ebver, Ute Lehmann, Gerhard Sietz, Christian Müller, Michael Ranneberg, Heinz Brankmüller, Sylvia Esser, Claus Müller, Hannelore Schmid, Dorothea Simon-Hiske, Regine Thiele, Evelyn Fischer, Hermann Pfahler, Frieda May, Annemarie Werner, Jochen Hötzel, Gert Levy, Christhard Neubert
Erika Runge, Schriftstellerin, Filmemacherin
Maximilian Ruethlein, Schauspieler
Peter Umbesen, Wiss. Ass., GEW
Hans Ernst Mittig, Hochschullehrer
Ursula Höf, Cutterin
SEW-Kreisvorstand Schöneberg
SEW-Kreisvorstand Kreuzberg
SEW-Kreisvorstand Charlottenburg
Reinhard Kramer, Pfarrer
Olaf Richardsen
Marie-Luise Salomon, Sachbearbeiterin
Ursula Leermann
Elmar Altvater, Hochschullehrer, GEW
PROKLA-Redaktion, Sozialwiss. Zeitung
Anna Elminger, Humanistische Union, Vors. des Landesverbandes Berlin
Falco Werkentien, HU, Landesvorst. Berlin
Günter Keusch, Pfarrer, Vorstand HU
Marlies Dürkopp, Professor, Vorstand HU
Kristin Rücker, Pfarrer(in)
Dr. Dietrich Schirmer, Pfarrer(in)
Jochen Vanselow-Schulz, Pfarrer(in)
Jürgen Quandt, Pfarrer(in)
Christian Hachinger, Pfarrer(in)
Ruthild Großblessing, Katechetin
Marianne Baltzer, Sozialarbeiterin
Gunther Krause, Pfarrer(in)
Erich Huber, Pfarrer(in)
Gabriele Räbiger, Pfarrer(in)
Paul Kracher, Pfarrer(in)
Erwin Lossmann, FDP-Landesvorstand
Marianne Weno, FDP-Landesvorstand
Klaus Lüttke, FDP-Landesvorstand
Prof. Dr. Michael Tolksdorf, FDP-Landesvorstand
Wolfgang Fabig, FDP-Landesvorstand
Otto Hoffmann, FDP-Landesvorstand
Jutta Raetsch, Vorstand der Fachgruppe Buchhandel und Verlage HbF
Wolfgang Friedler, Vorstand der Fachgruppe Buchhandel und Verlage HbF
Rudolf Peter, ÖTV-Betriebsgruppe TU
Charlotte Jacoby, ÖTV-Betriebsgruppe TU
Norbert Willaredt, El-Salvador-Komitee
Heinz Vilsmeier, El-Salvador-Komitee
Abgeordnetenhausfraktion der AL:
Peter Finger, Manfred Rabatsch, Michael Wendt, Klaus-Jürgen Schmidt, Martin Jänicke, Ursula Schaar, Rita Kantemir, Irmgard Kohlhepp, Peter Sellin

AUFRUF

an alle, die für eine Änderung der Wohn- und Lebensbedingungen in unserer Stadt sind!

Der Senat will den Hausfrieden in den besetzten Häusern brechen! Statt Wohnungspolitik plant die CDU den Bürgerkrieg.

Jetzt erst recht!

Die Häuser sollen leben. Mit Euch. Kommt massenhaft und ständig. Wir haben angefangen an den Häusern zu arbeiten, wir machen weiter. Mit Euch. Wir haben angefangen zu leben, zu lachen, zu feiern, zu reden, zu träumen, wir machen es weiter. Mit Euch. Kommt in die Häuser. Die Häuser gehören uns und Euch.

Kommt mit euren Gruppen, Freunden, Liedermachern, langem Atem, Nachbarn, Matratzen, Essen, viel Mut, Theatergruppen, Schriftstellern, Instandbesetzungsmaterial, vielen Einfällen und und und
zum pinseln, instandsetzen, winterfestmachen, feiern, tischlern, quatschen, schlafen, mauern . . .

Sie werden sich wundern über unsere gemeinsame Kraft. Sie werden sich noch über vieles wundern, wenn sie uns die Häuser nehmen.

Rund um die Uhr: Hermsdorfer Straße 4 (Wedding), Bülowstraße 89, Dieffenbachstraße 27, Knobelsdorffstraße 40/42, Winterfeldtstraße 20/22/24

Am 29. 9., um 19.00 Uhr, im Haus der Kirche, Goethestr.

Öffentliche Vorstellung der Konzepte besetzter Häuser

Die 8 bedrohten Häuser

Impressum:

Herausgeber:	Alternative Liste, Pfalzburger Str. 20, 1000 Berlin 31
Druck:	Bartholdy & Klein, 1000 Berlin 20
Satz:	Werkstatt für Fotosatz, 1000 Berlin 21
Redaktion dieses Extrablattes:	Alternative Liste, Hausbesetzer, Paten.
Auflage:	50.000